

Wohnen darf kein Luxus sein

Alle Solinger:innen sollen in dieser Stadt gut leben können. Sie haben ein Recht auf bezahlbare Wohnungen, gute Gesundheitsvorsorge und Pflege, Chancengleichheit und gute Bildung von Anfang an in einer Stadt, wo Klimaschutz gerecht umgesetzt wird. Und sie sollen mehr an der Gestaltung des Ortes, an dem sie leben, mitgestalten und mitentscheiden dürfen.

Für uns stehen vor allem die Menschen im Mittelpunkt, die unsere Solidarität brauchen: die, die hart arbeiten und vor jeder Mieterhöhung Sorge haben, die im Schichtdienst unsere Angehörigen in Klinikum und Pflegeeinrichtungen betreuen, die uns mit dem Bus zur Schule oder zum Arbeitsplatz bei Wind und Wetter fahren oder unseren Müll entsorgen.

Aber auch die, die einfach nicht in dieser kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft mithalten können. Auch die wollen wir stärken.

Zu unserem ausführlichen Wahlprogramm für Solingen:



Die Linke

Solingen

DIE LINKE. Kreisverband Solingen

Grünwalder Str. 63

42657 Solingen

info@dielinke-solingen.de

Gutes Wohnen ist ein Grundrecht für alle Solinger:innen.



Die Linke

Solingen

Wir wollen eine Wohnpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht am Profit.

Wohnen heißt mehr als ein Dach über dem Kopf. Jede:r soll sich eine Wohnung in Solingen leisten können – in jedem Stadtteil. Niemand soll Angst haben müssen, sein Zuhause zu verlieren. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Kommunale Wohnungsgesellschaft: JETZT!

Der freie Markt hat versagt. Die Wohnsituation in Solingen hat sich verschlechtert. Deshalb brauchen wir eine kommunale Wohnungsgesellschaft.

Unsere Forderungen:

- Gründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft
- Städtische Grundstücke müssen vorrangig für kommunalen Wohnungsbau genutzt werden
- Die Mieteinnahmen sollen die Kosten decken, ohne Gewinnabsicht
- Neue Bebauungspläne müssen bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Wenn der Stadtrat eine kommunale Wohnungsgesellschaft ablehnt, starten wir ein Bürger:innenbegehren. Unser Ziel ist bezahlbares Wohnen für alle.

Leerstand bekämpfen – Wohnraum sichern!

Was die Stadt tun kann:

- Eine Satzung gegen Zweckentfremdung einführen (z. B. gegen AirBnB oder booking.com)
- Leerstand, Abriss und Umbau von Wohnungen meldepflichtig machen
- Ein Leerstandskataster einführen, um leerstehende Wohnungen sichtbar zu machen
- Problem-Immobilien notfalls enteignen

Grundsteuer fair gestalten

Die Reform der Grundsteuer und Erhöhung des Hebesatzes darf nicht auf die Mieter:innen abgewälzt werden

Für Mieter:innen darf das Wohnen durch die neuen Grundsteuerregeln nicht teurer werden.

Mehr Unterstützung für genossenschaftliches Wohnen & sozialen Wohnungsbau

Wohnungsbaugenossenschaften wie der Spar- und Bauverein haben schon immer erfolgreich Wohnraum geschaffen, auch in Krisenzeiten. Sie verhindern Spekulation, bieten Sicherheit vor Eigenbedarfskündigungen und sie fördern stabile Nachbarschaften

Wir fordern:

- Mindestens 30 Prozent der Flächen in Neubauprojekten für Genossenschaften und gemeinnützige Träger
- Einen städtischen Förderfonds für Beratung, Planung und zinslose Darlehen
- Hilfe bei energetischer Sanierung, damit die Mieten bezahlbar bleiben
- In Neubaugebieten sollen mindestens 40 Prozent Sozialwohnungen entstehen
- Bauvorhaben werden nur genehmigt, wenn diese Quote nachweislich erfüllt wird
- Diese Quote soll dauerhaft gelten, nicht nur zeitlich begrenzt